



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Dr. Szamatolski Schrickel
Planungsgesellschaft mbH
Gustav-Meyer-Allee 25 (Haus 26A)
13355 Berlin

Bearb.: Frau Andrea Barenz
Gesch.-Z.: LFU-TOEB-
3700/616+113#149332/2024
Hausruf: +49 355 4991-1332
Fax: +49 331 27548-2659
Internet: www.lfu.brandenburg.de
TOEB@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 22.04.2024

Bebauungsplan "Sportplatz Börnicke" der Stadt Nauen OT Börnicke
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 26.03.2024
- Begründung mit Umweltbericht, 01/2024
- Planzeichnung, 01/2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Havelland.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Barenz

Dieses Dokument wurde am 22.04.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren
und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Bebauungsplan "Sportplatz Börnicke" der Stadt Nauen OT Börnicke
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail: Aktenzeichen: (intern)	Maik Gruber T21 03391 838 537 TOEB@LfU.Brandenburg.de Stn. P056/24 T26

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)
a) Einwendung
b) Rechtsgrundlage
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Fachliche Stellungnahme	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

1. Sachstand

Antragsgegenstand ist der Vorentwurf des Bebauungsplans (B-Plan) "Sportplatz Börnicke" der Stadt Nauen für ihren OT¹ Börnicke.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst die Flurstücke 38 (tlw.), 61 (tlw.), 69 (tlw.) und 289 der Flur 6 sowie Flurstück 51 (tlw.) der Flur 3, jeweils in der Gemarkung Börnicke mit einer Flächengröße von ca. 1,78 ha.

Das Aufstellungsverfahren erfolgt im Regelverfahren nach §§ 2-4 BauGB². Ziel der Aufstellung ist die Schaffung der planerischen Voraussetzungen zur Errichtung eines Dorfgemeinschaftshauses sowie der planungsrechtlichen Sicherung der bereits bestehenden Nutzungen (Feuerwehrgebäude, Spielplatz, Sportbereich) im Plangebiet. Zu diesem Zweck wird eine Fläche für den Gemeinbedarf in zwei Teilflächen (Zweckbestimmungen Dorfgemeinschaftshaus und Freiwillige Feuerwehr), Grünflächen unter schiedlicher Zweckbestimmungen (Sportplatz, Kinderspielplatz, Grünpromenade) und Waldflächen ausgewiesen.

2. Stellungnahme

Rechtsgrundlage

Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)³ sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht etc. darstellen. Hinsichtlich des Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005, Teil 1, bei einwirkendem Anlagenlärm die Richtwerte der Nr. 6.1 der TA Lärm⁴. Bei der Errichtung baulicher Anlagen entstehender Lärm ist entsprechend der Vorgaben der AVV Baulärm⁵ zu beurteilen, die Bewertung von Staubbeeinträchtigungen, Gerüchen und einwirkenden Luftschadstoffen erfolgt anhand der TA Luft⁶. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie⁷ ermittelt, Erschütterungen anhand der Erschütterungsleitlinie⁸. Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).

Planumfeld

Das Plangebiet liegt im südlichen Bereich des Ortsteils Börnicke der Stadt Nauen und wird bereits

¹ OT = Ortsteil

² Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394)

³ Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), zuletzt geändert durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202)

⁴ Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.06.2017 (BANz AT 08.06.2017 B5)

⁵ Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschemissionen – vom 19. August 1970 (Beilage zum BANz Nr. 160 vom 1. September 1970)

⁶ Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) vom 24. Juli 2002, GMBI. 2002, Heft 25 – 29, S. 511 – 60, neu gefasst am 18.08.2021 (GMBI Nr. 48-54/2021 S. 1050ff)

⁷ Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014, Amtsblatt 21_14 (S. 691-704)

⁸ Leitlinie zur Messung, Beurteilung und Verminderung von Erschütterungsimmissionen (Erschütterungs-Leitlinie) vom 10.01.2022

derzeit überwiegend entsprechend der angedachten Planung genutzt. Einzige Änderung gegenüber dem Istzustand ist das angedachte Dorfgemeinschaftshaus.

Das Planumfeld lässt sich wie folgt charakterisieren: im Norden, Süden und Westen wird das Plangebiet durch die Straßen „Zu den Petersbergen“ und „Landweg“ begrenzt. Daran anschließend befindet sich die gewachsene Bebauung von Börnicke, laut FNP⁹ der Stadt Nauen als gemischte Bauflächen ausgewiesen. Im Osten grenzt an die ausgewiesene Waldfläche Wohnbebauung an, im Südosten weitere Waldflächen.

Der Planungsgrundsatz des § 50 BImSchG wird erfüllt.

Schutzanspruch

Der Schutzanspruch für die Gemeinbedarfsflächen und die Grünflächen kann nicht unmittelbar aus Beiblatt 1 zur DIN 18005, Teil 1 entnommen werden. Vielmehr ist anhand der konkret im Plangebiet angedachten Nutzungen unter Berücksichtigung des Planumfelds aus einem vorgegebenen Rahmen ein Orientierungswert zu bestimmen. Im vorliegenden Fall halte ich die Werte von 60 dB(A) tags und nachts für angemessen. Der identische Tag- und Nachtwert ergibt sich aus der Tatsache, dass im Plangebiet keine Nutzung angedacht ist, die einen höheren Schutzanspruch während der Nachtzeit bedingt.

Immissionssituation

Vom Plangebiet gehen bei üblicher Nutzung Emissionen aus, die grundsätzlich geeignet sind, in angrenzenden schutzwürdigen Gebieten zu Überschreitungen von Grenz-, Richt- oder Orientierungswerten zu führen. Der durch den Spielplatz verursachte Lärm ist dabei als sozialadäquat anzusehen und bedarf keiner näheren Betrachtung. Das Feuerwehrgeräthaus und die Sportanlage bestehen bereits und werden nicht verändert, so dass auch hier keine vertiefenden Aussagen erforderlich sind. Neu geplant ist lediglich das Dorfgemeinschaftshaus. Hier sollten in der Begründung die angedachten Nutzungen sowie deren Dauer und Häufigkeit (soweit bereits jetzt absehbar) aufgeführt werden.

Auf das Plangebiet wirken insbesondere Verkehrslärmimmissionen durch Fahrverkehr auf den angrenzenden Straßen ein. Aufgrund der konkreten örtlichen Verhältnisse führt Verkehrslärm jedoch nicht zu Überschreitungen der unter „Schutzanspruch“ benannten Orientierungswerte.

In einem relevanten Abstand zum Plangebiet befinden sich keine mir bekannten Anlagen, welche der 12. BImSchV¹⁰ unterliegen. Weitergehende Angaben zum Thema Störfall erübrigen sich somit.

Umweltbericht

Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes maßgeblich sind die Schutzgüter Mensch / menschliche Gesundheit, Klima und Luft.

Den Ausführungen zu den Schutzgütern Klima und Luft kann gefolgt werden. Beim Schutzgut Mensch / menschliche Gesundheit wurde für den Nachtzeitraum ein falscher Orientierungswert angegeben: der Orientierungswert beträgt 45 dB(A), für **Verkehrsgeräusche** 50 dB(A). Dies ist zu korrigieren.

In Abhängigkeit von der tatsächlich angedachten Nutzung im Dorfgemeinschaftshaus kann es zu einer höheren Lärmbelastung der Anwohner kommen. Hier sollten genauere Angaben zur Nutzung im Dorfgemeinschaftshaus (soweit möglich) angegeben werden, um eine exaktere Bewertung der Auswirkungen auf das Schutzgut vornehmen zu können.

⁹ FNP = Flächennutzungsplan

¹⁰ Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung - 12. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2017 (BGBl. I S. 483), zuletzt geändert durch Artikel 107 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)

3. Fazit

Dem Vorhaben kann voraussichtlich hinsichtlich der hier zu vertretenden Belange des Immissionsschutzes zugestimmt werden.

Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.

Maik Gruber

Dieses Dokument wurde am 22.04.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.